

# Nordmazedonien

Oliver Schwarz

Anstatt auf das historische Prespa-Abkommen zwischen Griechenland und Nordmazedonien mit der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen zu reagieren, verlor sich die Europäische Union in einer Reformdebatte um ihre Erweiterungspolitik. Daraufhin musste der mazedonische Regierungschef seinen Rücktritt verkünden, um vorgezogene Neuwahlen zu ermöglichen. Dies gibt der nationalkonservativen Opposition die Chance, zurück an die Macht zu gelangen. Die nationalkonservative VMRO-DPMNE („Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit“) hatte den griechisch-mazedonischen Namensstreit zuvor in Regierungsverantwortung jahrelang forciert und damit den euroatlantischen Integrationsprozess des Landes verhindert.

## Euroatlantische Integration

Während die NATO umgehend auf das Prespa-Abkommen reagierte und Nordmazedonien am 27. März 2020 als neues Mitglied aufnahm<sup>1</sup>, tat sich die EU erheblich schwerer damit, ihren Beitrag zur Umsetzung des Abkommens zu leisten. Der Rat hatte zwar am 18. Juni 2019 den „Mut und die Entschlossenheit“ Griechenlands und Nordmazedoniens gewürdigt, selbst jedoch eben jene Eigenschaften vermissen lassen. Die Entscheidung um eine Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Skopje wurde auf „spätestens“ Oktober 2019 verschoben.<sup>2</sup> Insbesondere Dänemark, Frankreich und die Niederlande hatten Bedenken gegen eben jenen Schritt angemeldet, den die Europäische Kommission zuvor bereits zum zehnten Mal in Folge angemahnt hatte. Auf die Frage, was dies für sein Land bedeute, hatte der mazedonische Außenminister Nikola Dimitrov im September 2019 daran erinnert, dass seine Regierung erhebliches „politisches Kapital“ investiert habe. Die Situation verbreite „ein Gefühl von Enttäuschung, Unsicherheit und Misstrauen“. Ein negativer Entschluss der EU sei auch eine „Botschaft an andere führende Politiker auf dem Balkan“, dass es sich nicht auszahle, „in schwierige Entscheidungen, in Reformen zu investieren“.<sup>3</sup>

Ungeachtet dessen konnten vor allem bei Frankreich die Bedenken gegen eine Eröffnung von Beitrittsverhandlungen nicht ausgeräumt werden. In den Schlussfolgerungen des Vorsitzes vom 15. Oktober 2019 heißt es daher lediglich, dass der Rat nach der Tagung des Europäischen Rates auf diese Frage zurückkommen werde.<sup>4</sup> Doch auch auf Ebene der Staats- und Regierungschefs verhinderte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron eine positive Entscheidung der EU. Sowohl Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker als auch Ratspräsident Donald Tusk zeigten sich daraufhin

---

1 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Europäische Union und die NATO“ in diesem Jahrbuch.

2 Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Rates zur Erweiterung sowie zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, Luxemburg, 18. Juni 2019, Dok. 10396/19.

3 Marja Novak: North Macedonia expects date for EU accession talks in October, in: Reuters, 3.9.2019.

4 Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Rates. Erweiterung sowie Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, Luxemburg, 15.10.2019, Dok. 13155/19, hier S. 2.

enttäuscht. Dies sei ein „großer historischer Fehler“, sagte Juncker in einer gemeinsamen Pressekonferenz im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates. Auch EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn gab auf dem Nachrichtendienst Twitter seiner Enttäuschung Ausdruck.<sup>5</sup>

Frankreich erkannte in dieser Situation ein willkommenes Gelegenheitsfenster zu einer schon seit langem eingeforderten Umgestaltung der EU-Erweiterungspolitik. Im November 2019 lancierte die französische Regierung ein Non-Paper zur Reform des Erweiterungsprozesses.<sup>6</sup> Entsprechend unter Handlungsdruck gesetzt, reagierte die Europäische Kommission unter dem neuen Erweiterungskommissar Olivér Várhelyi und präsentierte am 5. Februar 2020 ein entsprechendes Reformpaket.<sup>7</sup> Wenig später legte die Europäische Kommission eine aktualisierte Einschätzung der von Nordmazedonien im Rahmen des EU-Erweiterungsprozesses erzielten Fortschritte vor und kam darin zu der Schlussfolgerung, dass „die Grundlagen der Kommissionsempfehlung von 2019 zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien ihre Gültigkeit behalten.“<sup>8</sup> Auf dieser Basis gab Frankreich letztlich seinen Widerstand gegen eine Eröffnung von Beitrittsverhandlungen auf, so dass ein positiver Beschluss auf der Tagung des Rates vom 25. März 2020 gefällt werden konnte.<sup>9</sup>

### Innenpolitische Entwicklung

Für den mazedonischen Ministerpräsidenten Zoran Zaev, der für sein Engagement im Rahmen des Prespa-Abkommens zusammen mit dem ehemaligen griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras unter anderem für den Friedensnobelpreis 2019 nominiert worden war, kam die Entscheidung des Ministerrates jedoch zu spät. Aufgrund massiver innenpolitischer Kritik sah sich Zaev dazu gezwungen, den Weg vorgezogener Neuwahlen zu beschreiten. Am 3. Januar 2020 verkündete er hierfür seinen Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten. Das mazedonische Parlament billigte daraufhin noch am selben Tag einstimmig eine Übergangsregierung unter Beteiligung der Opposition und ernannte den bisherigen Innenminister Oliver Spasovski zum neuen Ministerpräsidenten des Landes. Die ursprünglich für den 12. April 2020 vorgesehenen Neuwahlen mussten jedoch aufgrund der Auswirkungen der weltweiten Covid-19-Pandemie verschoben werden. Neuer Termin ist der 15. Juli 2020.

### Weiterführende Literatur

Dimitar Bechev: Historical Dictionary of North Macedonia, London 2019.

Christian Hagemann: Goodbye FYROM, Welcome North Macedonia – Solving the Name Dispute with Greece and the Way Forward, in: Südosteuropa Mitteilungen, 59 (2020) 1, S. 6-19.

---

5 Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland: Europäischer Rat: Enttäuschung in Sachen Erweiterung, Einigkeit zum Brexit-Deal, 18.10.2019, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/germany/news/20191018-europaeischer-rat\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20191018-europaeischer-rat_de) (letzter Zugriff: 15.10.2020).

6 Non-Paper. Reforming the European Union accession process, November 2019. Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union“ in diesem Jahrbuch.

7 Europäische Kommission: A more credible, dynamic, predictable and political EU accession process - Commission lays out its proposals, 5.2.2020, IP/20/181.

8 Europäische Kommission: Update on the Republic of North Macedonia, 2.3.2020, SWD(2020) 47 final, hier S. 5.

9 Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Rates. Erweiterung sowie Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, 25.3.2020, Dok. 7002/20, hier S. 3.